

Erstausg.
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Perler, Göttingen-Zürich
Rathhausstr. 3.
Verkaufsstellen
Frankfurt gegen Frankf.
Wochenschrift Briefe
nach der Schweiz, außer
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Abonnements
werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzbank)
Fr. 3.— für Deutschland (Courant)
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Kreuzer)
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder der
Weltpostvereins (Kreuzbank).
Inserate
Die dreispaltige Zeile
25 Cts. — 20 Pfg.

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Nr. 38.

Donnerstag, 15. September.

1881.

Zeitschrift an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezug, verfolgt wird, und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungen, so föhnen wir uns nicht, die deutsche Postzeitung nach Deutschland zu schicken, sondern lediglich die direkte Verbindung zum Verlag, sondern lediglich die direkte Verbindung zum Verlag, sondern lediglich die direkte Verbindung zum Verlag.

ist möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst abzugeben, sondern sich möglichst an irgend eine unbedenkliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unverfängliche Postsendungen mitgeteilt werden. In unbedenklichen Fällen entspricht sich jedoch größter Eile der Redaktion. Gebiet an uns liegt, werden wir auch wieder Mühe nach Kräften nehmen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Abonnements-Einladung.

Mit Nummer 40 beginnt ein neues Quartalsabonnements auf den „Sozialdemokrat“. Wir erlauben uns daher, die Abonnenten rechtzeitig zu ermahnen, solche für Gewinnung neuer Abonnenten unabhängig möglich zu sein. **Weder das Abonnement auf den „Sozialdemokrat“ noch das Empfinden desselben ist in Deutschland strafbar, sondern lediglich die direkte Verbindung zum Verlag, sondern lediglich die direkte Verbindung zum Verlag, sondern lediglich die direkte Verbindung zum Verlag.**

Zur „christlichen“ Lösung der sozialen Frage.

Nichts Widerlicheres auf der Welt, als die Brutalität, die im Gewande der Heuchelei einherkriecht. Die unverhüllte nackte Brutalität kann man leicht erkennen, man kann sie mit ihren eigenen Waffen bekämpfen, die heuchlerische Brutalität dagegen, die Jemand mit roher Faust zu Boden schlägt und ihm dabei noch weis macht, daß dies zu seinem eigenen und des Ganzen Besten geschehe, diese ist noch in hohem Grade ekelhafter und gefährlicher als jene. Einmal ist sie schwerer zu durchschauen, und es finden sich in Folge dessen immer viele Dumme, die wirklich an ihr Wohlwollen glauben, dann aber ist diese Art Brutalität auch viel schwerer zu bekämpfen, als jene, weil jeder ehrliche Mann im Nachtheil ihr gegenüber ist, theils durch den Uebel, den er ihr gegenüber empfindet, theils dadurch, daß er sie in Folge seiner Ehrlichkeit nicht mit ähnlichen Waffen bekämpfen kann, wie sie selbst sie anwendet.

Fonds zur Unterstützung der Opfer des Sozialistengesetzes.

Im August gingen ein:
Aldersdorf 6,50, Finsburg 60, Völkchen-Kallenberg 5, Dittenburg 39, Pöhlitz 27, Zyrndorf 35, Weitz 5, Dornburg 30, Völkchen-Franfurt a. M. 136, Danzig 50, Durch 5, E. 2, L. B. D. 50, Pöhlitz 4,50, Pöhlitz 14,30, Pöhlitz 6, Augsburg 15, S. Königsberg 20, Pöhlitz 15, Rheda 7,70, London 40,90, Regau (L. 14) 24,25, Söbberdorf 125, Halle/S. 70, Leipzig 200, Schindler 1,50, Leberan 14,30, Göttingen 16, Freiesleben 5, Augsburg 20, Jena 100, Eöln 19, Altenburg 3,30, Kall 9,15, Altenburg 14,40, 3, Göttingen 25, Arnstadt 30, Frankfurt a. M. 70, Mainz 160, Warburg 20, Leipzig 132,45, B. Ehr. in Nr. 12, aus B. 7,10, Hainichen 13,10, R. in R. 1, Meerane 67,25, Bernsdorf 5,75, Göttingen 40, Wittroda 20, Altenburg 149,30 (davon 60, gel. u. einem parteilosen Bürger, dem die jetzige Wirtschaft zu dumm wird), Zürich 40, Döbeln VVV 20,60, Göttingen 15, Göttingen 8, Dresden 6,70, Schwerin 25, Kaiserlautern 10, Freyheim 40, Mainz 10, München 129,35, Prof. R. E. München 10, S. II, Augsburg 200, Göttingen 33, Hannover 40, Revisio 22, Wendenburg 20, Chemnitz 70, Sertow 3,75, Pöhlitz v. Bened. verl. Wette (Fr. 1) 20, Durch R. Fr. von zwei Regelpartien (Fr. 2) 1,60, Jahrbuchschuß Döbeln-Wdt (Fr. 2) 1,60, Sozialist. Kampfer (Fr. 18) 14,40, „b“ 20, Dr. W. Zürich (Fr. 6,30) 5,04, Kassio-Veranstaltung Zürich (Gesamteinnahme Fr. 192,37, ab Sozialmiete Fr. 80, Annoncen Fr. 18,30 = Fr. 114,07) 75,25, Bietrich Halle (Fr. 3) 2,40, Parteigenossen Kassel (Fr. 1,75) 2,83, Genossen in Offenbach 25, Frau Caroline, Torre Felice (Fr. 29,50) 23,60, Stöckert (Fr. 5,50) 4,40, Deutscher Verein u. deutsche Sozialisten, Ueberführung der Abendunterhaltung (Fr. 70) 56, Genossen in Mühlhausen 5, Frankfurt a. M. (für 50 B. R.) 5, Genossen in Antwerpen (Fr. 22,96) 18,12, Deutscher Verein Wdt (Fr. 14,50) 11,60, Zürich (von 5 Regelpartien durch Kps. u. D. Fr. 2,10) 40, 2,60, 1, 50, 1, von der Spengler (Fr. 3,70), von drei andern Genossen 4,30, durch B. B. 30 = Fr. 15,50) 12,40, von den Wälfischen 7,14, G. R. in R. 3, E. C. (Fr. 2) 1,60, von den Wälfischen 3,81, Deutsche Sozialisten Winterthur (Fr. 8,25) 6,90, Schuhmachergewerkschaft Winterthur (Fr. 5) 4, Allgem. Arbeiterver. Lausanne (Fr. 4) 3,20, E. M. V. 5, 674 Blaffenjeind (R. 50) 85, — D. Zutr. in 3, 13, — Zusammen: Mk. 2974, 09.

Reaktion und Expedition des „Sozialdemokrat“.

Gleich nach Preußen aber kommt in dieser Beziehung unstrittig das gute Württemberg, das biedere Schwabenland. Hier geht die Brutalität der Regierung und Polizei Hand in Hand mit der Heuchelei des Pietismus und des orthodoxen Pfaffenthums, welche beide das ganze Land durchschauen und ihren Einfluß in alle Schichten der Gesellschaft erstrecken. Gleich nach Erlaß des Sozialistengesetzes glaubte diese gemischte Gesellschaft die Gelegenheit günstig, eine infame Rohheit gegen das Proletariat begehen zu können, aber natürlich eine Rohheit mit christlich-milddärtiger Zugabe. Schon lange hatte es fatten Pfaffen, verdorbenen Beamten und behäbigen Spießbürgern auf's äußerste mißfallen, wenn so häufig — und gar beim Mittagessen — die Thür aufging und ein zerlumpter, arbeitsloser Proletarier hereintrat und um ein Almosen bat. Wie unästhetisch war der Anblick dieses Gefindel's, wie fürte ein solcher „Strolch“ den Genuß des Mittagessens! Wie unangenehm war es, wenn vielleicht gerade bei einer Unterhaltung über die Vollkommenheit unserer Zustände solche Jammergestalten auftauchten und die Illustration dazu lieferten. Ja es war sogar die Möglichkeit vorhanden, daß der eine oder der andere, dem noch nicht durch Schule, Kirche und Kaserne das ganze Gehirn getödtet war, nachdenklich wurde beim Anblick des täglich sich mehrenden Bettels und Elends, die sich seinen Blicken darbieten. Wie gefährlich wäre es, wenn ein solcher nachdenklich gewordener Mensch anfinge, den Ursachen der überhand nehmenden Arbeitslosigkeit und Verarmung nachzuforschen! Das mußte also geändert, „abgeschafft“ werden um jeden Preis, und jetzt nach Knebelung der Arbeiterpresse war die beste Gelegenheit dazu. So brachte denn das Hauptorgan dieser gemischten Schelmenzunft, der „Schwäbische Merkur“, der württembergische Pfaffen in großer Zahl als Korrespondenten hat, lange Zeit fast täglich Korrespondenzen über den zunehmenden Handwerksburschenbettel, über die Frechheit und Unverschämtheit der Strolche und empfahl stets energisches Vorgehen, um sich die „Bettelpest“ vom Halse zu schaffen. Nachdem auf solche Weise in der öffentlichen Meinung Stimmung gemacht war, ging man endlich an die Ausführung des lange geplanten Schurkenstreiches.

Allgemeiner Wahlfonds.

Von einer Gruppe deutsch-sprech. Sozialisten in Paris (Fr. 15,30) 12,24, „Kategorischer Imperativ“ aus Oesterreich (R. 35) 59,64, Sozialisten Kreuzlingen (Fr. 5,13) 4,11, Deutsche Sozialisten Winterthur (Fr. 8,75) 7, 674 Blaffenjeind (R. 50) 85, Allgem. Arbeiterver. in Bern (Fr. 6,75) 5,40, — Zusammen: Mk. 689, 24.

Flugschriften-Fonds.

H. B. C. R. 1,20, S. F. in R. 1,20, — Zusammen: Mk. 4,40.

Agitationsfonds.

Von einem Eisküher — 40.

Wassersuppe.

ein speziell württembergisches Gericht, und ein Stück Brot (an einigen Orten munkelt man sogar von einem Stück Fleisch). Von welcher Beschaffenheit Suppe, Brot und das etwas sagenhafte Fleisch sind, kann man sich ungefähr denken, wenn man erfährt, daß diese Abfütterung meistens einem Untermehrer übertragen wird, der noch ein Geschäft dabei machen will und auch macht. Dann, nach geschickter Abfütterung heißt es „Marsch, weiter“, und der Betreffende muß sofort den Ort verlassen. Und so wieder dann von Gemeinde zu Gemeinde geschoben, bis er endlich dem Schwabenland den Rücken kehrt und andere Länder aufsucht, wo man wenigstens noch nicht so weit gekommen ist in der Volksbeglückung. Man kann thätiglich in allen Gegenden Württemberg's Handwerksburschen finden, die sich beklagen, daß sie sich nicht nach Arbeit umschauen dürfen, ja es ist sogar schon mehrfach vorgekommen, daß verschiedene Handwerker eines Ortes um Aufhebung dieser menschenverderblichen Einrichtung petitionirt haben, weil es ihnen dadurch fast unmöglich sei, Arbeiter zu bekommen, wenn sie solche nötig haben. Also auf der einen Seite macht man mit vollem Bewußtsein — denn Dummheit ist hier doch wohl ausgeschlossen — die Arbeiter zu wirklichen Vagabunden, zu arbeitslosen Landstreichern, indem man es ihnen erschwert, ja fast unmöglich macht, Arbeit zu finden, man schadet den Handwerkern, indem man ihnen die Auswahl passender Arbeiter unmöglich macht. Auf der andern Seite erreicht man durch diese Brutalität nicht das Geringste, denn die arbeitslosen Massen werden dadurch nicht um einen einzigen Mann verringert. Aber was will das alles sagen im Vergleich zu der Annehmlichkeit, daß der Bourgeois jetzt wenigstens der unästhetische, peinliche Anblick der hurigen und verlumpten Proletarier erspart bleibt? Die ganze Einrichtung ist ein roher Faustschlag ins Gesicht des arbeitslosen Proletariats; seine Gemeinheit wird durch die beigegebene christlich-heuchlerische Wassersuppe noch erhöht. Die Folgen eines derartigen Vorgehens haben natürlich nicht lange auf sich warten lassen. Schon in den ersten Monaten dieses Jahres lief eine Notiz durch die Presse, daß man in Württemberg die Leiche eines Handwerksburschen aus dem Necker gezogen habe. Ein am Ufer aufgefundenen Fessel besagte, daß der Betroffene den Tod gesucht hatte, weil er nirgends Arbeit finde. War auch damals die gekennzeichnete Einrichtung mit dem Verbot nach Arbeit umschau noch nicht so weit durchgeführt wie heute, so war durch die Presse Bourgeoisie und Spießbürgertum bereits planmäßig gegen die Arbeitslosen verkehrt. Man sieht also leicht, wer den Tod dieses Unglücklichen auf dem Gewissen hat. Ein anderer erschütternder Fall wurde uns kürzlich aus Württemberg berichtet: Ein dortiger Genosse ging vor einiger Zeit mit einem Gewehr auf der Schulter auf der Landstraße und begegnete mehreren Handwerksburschen, die an der Straße saßen. Einer derselben rief ihm im Vorbeigehen zu, er möge sie doch nur mit seinem Gewehr erschießen, daß sei das Beste für sie. Auf die erstaunte Frage unseres Genossen, was das heißen sollte, wurde ihm die Antwort, daß sie seit der neuen „christlichen“ Einrichtung sich nirgends mehr nach Arbeit umschauen dürften, daß sie gleich stets am Thore jedes Orts empfangen und nach geschickter Abfütterung weiter geschickt würden. So könnten sie keine Arbeit bekommen und seien schon ganz lebensüberdrüssig geworden! Wie weit ist es noch von solchen Gedanken bis zum Selbstmord? Und wer ist schuldig, wenn ein solcher Unglücklicher seinem elenden Dasein ein Ende macht? Glaubst denn die Bourgeoisie, das Pfaffenhum und die ganze Ordnungsmene wirklich, daß ihre Verbrechen ungerächt bleiben? Um ihr böses Gewissen zu beäuben, um sich einen unangenehmen Anblick zu ersparen, hehen sie die arbeitslosen Proletarier von Ort zu Ort, machen sie zu Landstreichern und treiben sie zum Selbstmord. Aber sie reizen auch durch ihre Brutalität und ihre Heuchelei mehr zu Haß und Verachtung gegen sich auf, als alle die Zeitungen es gekonnt hätten, die sie mit roher Gewalt unterdrückt haben. Und so beschleunigen sie selbst in ihrer Verblendung den Tag der Rache, der alle ihre Verbrechen sühnt, die Verbrechen, die sie am arbeitenden wie am arbeitslosen Proletariat begangen haben. Mögen sie dann nicht über Ungerechtigkeit schreien, wenn sie dereinst bestraft werden, nicht nach ihrer christlichen Heuchellehre, sondern nach dem kräftigen Wort des alten Bundes, das da lautet: Auge um Auge! Zahn um Zahn!

Als Enigelt dafür wird jeder durchreisende Handwerksbursche gleich am Thore durch Plakate auf's Rathhaus oder an einen andern bezeichneten Ort zitiert. Dort erhält er eine „geschmälzte

Wasser- und Brotsuppe, ein Stück Brot (an einigen Orten munkelt man sogar von einem Stück Fleisch). Von welcher Beschaffenheit Suppe, Brot und das etwas sagenhafte Fleisch sind, kann man sich ungefähr denken, wenn man erfährt, daß diese Abfütterung meistens einem Untermehrer übertragen wird, der noch ein Geschäft dabei machen will und auch macht.

Dann, nach geschickter Abfütterung heißt es „Marsch, weiter“, und der Betreffende muß sofort den Ort verlassen. Und so wieder dann von Gemeinde zu Gemeinde geschoben, bis er endlich dem Schwabenland den Rücken kehrt und andere Länder aufsucht, wo man wenigstens noch nicht so weit gekommen ist in der Volksbeglückung.

Man kann thätiglich in allen Gegenden Württemberg's Handwerksburschen finden, die sich beklagen, daß sie sich nicht nach Arbeit umschauen dürfen, ja es ist sogar schon mehrfach vorgekommen, daß verschiedene Handwerker eines Ortes um Aufhebung dieser menschenverderblichen Einrichtung petitionirt haben, weil es ihnen dadurch fast unmöglich sei, Arbeiter zu bekommen, wenn sie solche nötig haben.

Also auf der einen Seite macht man mit vollem Bewußtsein — denn Dummheit ist hier doch wohl ausgeschlossen — die Arbeiter zu wirklichen Vagabunden, zu arbeitslosen Landstreichern, indem man es ihnen erschwert, ja fast unmöglich macht, Arbeit zu finden, man schadet den Handwerkern, indem man ihnen die Auswahl passender Arbeiter unmöglich macht.

Auf der andern Seite erreicht man durch diese Brutalität nicht das Geringste, denn die arbeitslosen Massen werden dadurch nicht um einen einzigen Mann verringert.

Aber was will das alles sagen im Vergleich zu der Annehmlichkeit, daß der Bourgeois jetzt wenigstens der unästhetische, peinliche Anblick der hurigen und verlumpten Proletarier erspart bleibt?

Die ganze Einrichtung ist ein roher Faustschlag ins Gesicht des arbeitslosen Proletariats; seine Gemeinheit wird durch die beigegebene christlich-heuchlerische Wassersuppe noch erhöht.

Die Folgen eines derartigen Vorgehens haben natürlich nicht lange auf sich warten lassen.

Schon in den ersten Monaten dieses Jahres lief eine Notiz durch die Presse, daß man in Württemberg die Leiche eines Handwerksburschen aus dem Necker gezogen habe.

Ein am Ufer aufgefundenen Fessel besagte, daß der Betroffene den Tod gesucht hatte, weil er nirgends Arbeit finde.

War auch damals die gekennzeichnete Einrichtung mit dem Verbot nach Arbeit umschau noch nicht so weit durchgeführt wie heute, so war durch die Presse Bourgeoisie und Spießbürgertum bereits planmäßig gegen die Arbeitslosen verkehrt.

Man sieht also leicht, wer den Tod dieses Unglücklichen auf dem Gewissen hat.

Ein anderer erschütternder Fall wurde uns kürzlich aus Württemberg berichtet: Ein dortiger Genosse ging vor einiger Zeit mit einem Gewehr auf der Schulter auf der Landstraße und begegnete mehreren Handwerksburschen, die an der Straße saßen.

Einer derselben rief ihm im Vorbeigehen zu, er möge sie doch nur mit seinem Gewehr erschießen, daß sei das Beste für sie.

Auf die erstaunte Frage unseres Genossen, was das heißen sollte, wurde ihm die Antwort, daß sie seit der neuen „christlichen“ Einrichtung sich nirgends mehr nach Arbeit umschauen dürften, daß sie gleich stets am Thore jedes Orts empfangen und nach geschickter Abfütterung weiter geschickt würden.

So könnten sie keine Arbeit bekommen und seien schon ganz lebensüberdrüssig geworden!

Wie weit ist es noch von solchen Gedanken bis zum Selbstmord? Und wer ist schuldig, wenn ein solcher Unglücklicher seinem elenden Dasein ein Ende macht? Glaubst denn die Bourgeoisie, das Pfaffenhum und die ganze Ordnungsmene wirklich, daß ihre Verbrechen ungerächt bleiben? Um ihr böses Gewissen zu beäuben, um sich einen unangenehmen Anblick zu ersparen, hehen sie die arbeitslosen Proletarier von Ort zu Ort, machen sie zu Landstreichern und treiben sie zum Selbstmord. Aber sie reizen auch durch ihre Brutalität und ihre Heuchelei mehr zu Haß und Verachtung gegen sich auf, als alle die Zeitungen es gekonnt hätten, die sie mit roher Gewalt unterdrückt haben. Und so beschleunigen sie selbst in ihrer Verblendung den Tag der Rache, der alle ihre Verbrechen sühnt, die Verbrechen, die sie am arbeitenden wie am arbeitslosen Proletariat begangen haben. Mögen sie dann nicht über Ungerechtigkeit schreien, wenn sie dereinst bestraft werden, nicht nach ihrer christlichen Heuchellehre, sondern nach dem kräftigen Wort des alten Bundes, das da lautet: Auge um Auge! Zahn um Zahn!

E. K.

Nicht gethan und die Zuverlässigkeit der reportirten Nachrichten beschränkt zu haben."

O, edler Reptilienepidemiologe, was hast du da gemacht! Den **Vanditen** von ganz Europa in Danzig Knechtel gegeben? Wer war denn in Danzig? Wer haben die Zeitungen nach Danzig gehen lassen? Alexander von Wilhelm, nebst ihrem ganzen Troß von Kreaturen und Spitzeln. Wer sind somit die "Vanditen von ganz Europa"? Vindict, Vindict, wie kann man sich so verschlimmern!

Wie die Vanditen von Europa einander in die Hände arbeiten. Am 3. September hat das Polizeipräsidium in **Koblenz** (Rheinprovinz) eine lithographische Zuspilung in verschiedenen österreichischen Polizeibehörden mit dem Ersuchen geschickt, Erhebungen über die Adressaten von in Koblenz beschlagnahmten Briefen zu pflegen und das Resultat nach Koblenz (Preußen) bekannt zu geben, und in welchem Umfange die Verbreitung von sozialdemokratischen Flugchriften in den betreffenden Ortshäusern — Oesterreich — beschränkt wird. "Im Vertrauen".

Im Vertrauen, ein sehr nettes preussisches Polizeipräsidium das, dieses Koblenzer Polizeipräsidium! Scheint Deutsch-Oesterreich schon als preussisches Inland zu betrachten.

Uebrigens, ganz im Vertrauen, Herr Polizeipräsident von Koblenz, Sie sind wirklich besser, Erkundigungen einzuziehen, wo heutzutage keine sozialistische Flugchriftenvertheilung stattfindet. Das gibt viel weniger Arbeit.

In den reaktionären nordischen Zeitungen finden wir Denunziationen, auf den Bahnhöfen freisinnige Zeitungen ausliegen und so den besten politischen Geist eingestößt würde. Dazu bemerken wir, daß sie bestehen der Königl. Ostbahn beinahe alle Restaurateure derselben einen Revolver unterschreiben mußten, in dem sie sich der sofortigen Hinansetzung unterwarfen, wenn sie sozialdemokratische Zeitungen hielten und auslegten so vor dem Sozialistengesetz, und was das Halten anderer Zeitungen betraf, so war das Schriftstück so verlaufschrift, daß wohl jeder Restaurateur seiner Sicherheit wegen, ehe er eine Zeitung bestellte, auftrugte, ob er sie halten dürfe oder nicht. Diese Revolver sind noch heute in Gebrauch, wozu also der Revolver, oder ich bei der reaktionären Bande schon alles Gedruckt außer "Provinzial-Korrespondenz", "Deutschen Vettelatrioten" und ähnlichem Schund zu freisinnig? Stobt nur dem Fuß den Boden aus, uns nicht es immer!

Graf Wilhelm Bismarck hatte durchaus nicht Unrecht, als er sagte, die Hundesperrung sei drückender als der Belagerungsstand. — Das "liberale Bürgerthum" nämlich, welches diesen Anspruch durch seine sämtlichen Organe, "entrüßet" an den Pranger stellen ließ, befindet in Berlin denselben jetzt dadurch, daß es zahlreiche Petitionen zu Gunsten der Aufhebung der Hundesperrung an den Reichskanzler schickte. Und dieser 1) als Hundesfreund und 2) als Vater von Wilhelm Bismarck hat einen Erlaß in die Welt gesetzt, resp. eine Anweisung des Deutschen Reichskanzlers unternehmen, die der gefeglich gültigen, durch den Bundesrath erlassenen Schlußsatz entgegensteht. Die Petenten werden es also durchdrücken, daß ihre geliebten Küter von der Sperrung befreit werden. Und die Petenten gehören zum "liberalen Bürgerthum", was, sie bilden den Kern desselben. Hat aber dieses Bürgerthum bis jetzt auch nur einen Schritt zur Aufhebung der Belagerungsstandes in Berlin gethan? Nein! Rühm hat der brave Reichshundesjunge Bill ganz Recht: Die Hundesperrung ist drückender als der Belagerungsstand — wenigstens für Hundesfreunde.

Zum erstenmale kommt der Heldenfürst als Kaiser zu uns, zum erstenmale kommt er in Begleitung aller Derer, die ihm und allen Deutschen am nächsten stehen — so schreibt der "Hamburgische Correspondent" in Bezug auf den bevorstehenden Besuch, den Wilhelm, Prinz der Karolinenprinz, der braunen Stadt Hamburg an Wilhelm, unsern Kaiser, kam der "Heldenfürst" nämlich nach Hamburg als Ausreißer 1848 — er ist nämlich aus vor dem Hofe, das er niederländischen lassen wollte. Dieser erste Besuch in Hamburg wird dem "Heldenfürsten" bei seinem diesjährigen wohl im Hofe vorkommen und ihm zeigen, was er doch für ein Held gewesen ist. Damals begleitete ihn allerdings Niemand von denen, die ihm am nächsten stehen, sie waren theilweise anderer Ansicht wie der karolinenprinzliche Heldenprinz, andererseits hatten sie noch mehr Angst wie er selbst, so viel Angst, daß sie nicht einmal die Flucht wagten.

Bravo, Bravo und noch einmal Bravo unserer guten lieben Freundin, der "Norddeutschen Allgemeinen". Das war und einmal recht aus der Seele gesprochen! Das Wort wollen wir uns merken. Eine solche Freude haben wir lange nicht gehabt.

Es wird die Frage zu erwägen sein, schreibt das Rundblatt Bismarcks am 11. September wörtlich, ob den Fabrikanten überhaupt Entschädigung wegen Aufhebung ihres Gewerbebetriebes gewährt werden soll. Frankreich gewährte diese Entschädigung nicht. In Oesterreich hielt diese Entschädigung sich in sehr geringen Grenzen. Wichtigere aber er-

die bei den Apachen und Navajos. Ueberall aber ist deren Macht nur eine geringe, rein auf moralischer Basis beruhend, ähnlich wie z. B. die der "Führer" der politischen Parteien. Ja, ihre Macht ist nicht einmal eine so große. Ihre Führer können angesehen der heute herrschenden Ungleichheiten in Bezug auf Reichthum und geistige Ausbildung über ihre Genossen eine Ueberlegenheit erlangen, die für den Hauptling von Völkern, der mit seinen Stammesgenossen das gleiche Eigentum hat, die leichte Erziehung genießt, unerreichbar ist. Von der Ueberlegenheit der Hauptlingswürde als Regel ist keine Rede, noch weniger natürlich von einer Erblichkeit derselben.

Ebenso wenig als eine Regierung hätte der Urmench Gesetz und trotzdem herrschte keine Anarchie, trotzdem war das Individuum gebunden, wie es niemals mehr gebunden gewesen ist: es war gebunden durch die öffentliche Meinung und sein Gewissen. Da man das Gewissen bisher meist als Stimme Gottes bezeichnete, haben sich einige besonders radikale Arbeiter in der Meinung irregeführt lassen, es gebe überhaupt kein Gewissen. Nichts ungedeuteter ist das. Es gibt ein Gewissen, und dasselbe ist nichts als die Stimme der sozialen Instinkte, welche in uns erwacht, wenn irgend ein Uebel der Selbstbehaltung oder der Fortpflanzung des sozialen Instinkts zu besorgen droht. Das und nicht etwa Furcht ist das Gewissen. Wenn ich, um ein Mädchen zu gewinnen, das ich liebe, meine Partei verlässe, wenn ich aus Belohnung um mein Leben einen Anderen ertrinken lasse, ohne ihm beizuhelfen, so wird mich das Gewissen peinigen, obwohl ich keine physische Strafe zu gewärtigen habe. Je härter die sozialen Instinkte, desto härter das Gewissen. Bei wem diese ganz erwachen sind, der ist gewissenlos, er ist ein Unmensch, weil er die dem Menschen natürliche Art des Kampfes um's Dasein, die kommunistische, völlig verlassen hat. Neben dem Gewissen und vielfach von demselben untrennbar, wirkt als mächtiger Motor beim Urmenchen die öffentliche Meinung. Wenn man von einer Tyrannie bei den Völkern sprechen kann, so ist es die der öffentlichen Meinung, deren Pläne der Urmench in allen Beziehungen ist, der er sich aber nicht nur billigt und unterwürfig, sondern sogar freudig fügt. Der öffentlichen Meinung zu gefallen, ist sein höchstes Bestreben, sein Stolz, sein Glück. Diese echt kommunistische Herrschaft der öffentlichen Meinung, welche sich, wie alle kommunistischen Instinkte, wenn auch sehr abgeschwächt, auch noch in unserer Gesellschaft findet, ist den Individualisten natürlich ein Brennpunkt; sie verlangen Schutzmittel gegen das Eingreifen der "moralischen Instinkte" des Publikums in die "Freiheit des Individuums" (Mill, Die Freiheit S. 89). Diese guten Leuten übersehen ganz und gar, daß das einzige Mittel, den physischen Zwang der Hungerpeinliche und der Gesetz zu beseitigen, die Ausdehnung des Zwanges der öffentlichen Meinung ist. — Symmachos.

scheint die festzuhaltende **prinzipielle** Auffassung, daß in **keinem** Staate ein Recht von Privatpersonen auf Erhaltung der jeweiligen öffentlichen rechtlichen Ordnung des Erwerbslebens anerkannt werden darf. Die Gewerbefreiheit ist nur ein öffentlich-rechtliches Prinzip, welches **niemals** eine Quelle der privatrechtlichen Ansprüche auf Gewerbebetrieb oder dessen Fortführung bei veränderten öffentlich-rechtlichen Normen werden kann. Es kann überhaupt **nie** von einer privatrechtlichen Entschädigungspflicht des Reiches den Tabakfabrikanten gegenüber die Rede sein, sondern nur von Entschädigung aus **Billigkeitsgründen**, welche deshalb auf ein **befriedigendes** Maß zu beschränken wäre.

So unsere "Norddeutsche". Ganz unsere Grundsätze. Wo es sich um das Wohl der Allgemeinheit handelt, kann die Gesamtheit bei veränderten öffentlich-rechtlichen Normen niemals eine privatrechtliche Entschädigungspflicht anerkennen, höchstens darf aus Billigkeitsgründen ein bescheidenes Maß von Entschädigung gewährt werden.

Und da wagt man noch, uns einen Vorwurf daraus zu machen, daß wir Grund und Boden und Arbeitsmittel konstatieren wollen! Wir, die wir es doch nur im Interesse der Gesamtheit thun, die wir das Recht auf Arbeit und Existenz anerkennen, die den durch die veränderten öffentlich-rechtlichen Normen momentan Geschädigten als vollberechtigten Theilhaber am Eigentum der Gesamtheit aufnehmen! Unsere belagerten Genossen sind in ihrem Vericht an den sozialistischen Weltkongress kaum so weit gegangen, als das offizielle Organ von Deutschlands Reichskanzler. Was sagen Sie dazu, Herr Spiller?

Freilich, für die "Norddeutsche" und ihren Brotaggeber handelt es sich nur darum, die Tabakfabrikanten durch diesen Schreckschuß gefügiger zu machen, solche "Judenkniffe" liebt der antisemitische Kanzler bekanntlich sehr. Von den Fabrikanten will man glückliche Bedingungen erpressen, und die Arbeiter, die durch das Monopol am schwersten geschädigt, von denen in Deutschland wenigstens zwei Drittel beim Monopol auf's Pfaster geworfen werden — ohne Recht auf Arbeit und Existenz — werden mit dem sozialistischen Grundsatz der Nichtentschädigungspflicht abgepeißt. Und diese insame Fällung eines gefunden Gedankens nennt man christlich-soziale Reformpolitik. Psui Teufel!

Als Ergänzung unseres heutigen Leitartikels mag hier noch eine Notiz zum Abdruck gelangen, welche vor kurzem durch die gesammte gefinnungsethische Presse lief. Sie lautet:

"Die Drohbriebe kommen in Mode. Im württembergischen Ort Börsingen waren acht Hectoliter empört, daß sie statt des Biakums in Weid, Naturalien, Suppe etc. bekamen. Sie verfaßten einen Drohbrief an das königliche Oberamt Kottenburg, demzufolge sie entschlossen seien, im ganzen "Suppengau" (so nennen sie die Gegend, wo sie statt Geld nur Suppe zu bekommen), wenn keine andere Unterthänigkeit gereicht werde, nicht nur einzelne Häuser, sondern ganze Dörfer und Städte niederzubrennen, Obstbäume zu vernichten und dem Lande auch sonst allen möglichen Schaden zu thun. Unterzeichnet: Das Gefinnungsethische der Handwerksburschen-Liga. Der Brief kam richtig an seine Adresse, und da die Herren Abnehmer so gewissenhaft waren, ihre Namen anzugeben, und diese Namen sich auch im Nachtrage zu Börsingen fanden, so ist jetzt die Staatsanwaltschaft hinter den Briefschreibern her."

Man beachte den höhnischen Ton, mit welchem von den "Herren" Abnehmern gesprochen wird. Man will damit den Lesern gern den Glauben beibringen, es handle sich da nur um verwahteste Subjekte. Daß dies aber nicht der Fall, beweist der Umstand, daß die Unterzeichner sämtlich ihre richtigen Namen angaben. Es kann somit nur tiefste Enttäuschung über die heuchlerische Absättigungswohlthätigkeit den Brief diktiert haben.

Fahrt nur so fort, jagt sie nur in Verzweiflung, die infolge Curerischer Wirthschaftsordnung auf's Pfaster Geworfenen — und sie werden sich eines Tages nicht mehr mit Drohbrieffen begnügen!

Aus dem Reichsküchhorn. "Unter dem Verdacht, bei der Verbreitung des Flugblattes mitgewirkt zu haben", ist, wie die "Württemberg. Landeszeitung" meldet, in Stuttgart ein Mann (!) bereits verhaftet worden. Dieses bereits ist sehr gut. In Jever (Oldenburg) wurde am 5. September bei Genosse Reumann Hausdurchsuchung gehalten. Da die gewünschte Waare natürlich nicht gefunden wurde, so nahmen die Männer des Gesetzes zwei Statutenbücher der längst aufgelösten Schuhmachergewerkschaft, sowie ein Statutenbuch der "Central-Kranken- und Sterbelasse" derselben Gewerkschaft und einige Kimmern des "Schuhmacher" mit. Furchtbares Schuhmacherhandwerk!

Aus allen Theilen Deutschlands kommen uns erfreuliche Mittheilungen zu über die Vorbereitungen unserer Genossen zum Wahlkampf. Unsere Brüder im Reich rüsten sich mit Macht und werden, was auch kommen mag, ehrenvoll aus der Wahlschlacht hervorgehen. Zu den Orten, die bereits das Wahlschlachtbombardement eröffnet haben, sind jetzt Stuttgart, Nürnberg und Jülich hinzugekommen. Durchaus radikale, und gehörig geladene Flugblätter sind in allen drei Städten zum Entsetzen unserer Gegner zur ausgiebigsten Vertheilung gelangt.

So ist's recht. Nur muthig voran. Und Ihr, Genossen im Ausland, sorgt dafür, daß unsern Brüdern im Reich die Munition nicht ausgeht.

Wahrhaft erheben sind die Nachrichten, die wir aus Berlin erhalten. Trotz Belagerungsstand sind unsere Genossen allzeit auf dem Platze und beschämen durch ihr muthiges, unerschrockenes Auftreten viele Genossen anderer Orte, die weit weniger gefährdet sind. Ende August schickten unsere Freunde im zweiten Wahlkreis die Herren Finck und Körner mit Schimpf und Schande heim, und am 10. September haben unsere Genossen im 6. Wahlkreise in einer glänzend besuchten Versammlung den Herren Ruppel und Konforten gezeigt, daß die Arbeiter von dem bismarckischen Jückerbrod nichts wissen wollen. Aus dem Bericht über die letzte Versammlung, die im Universum stattfand, wollen wir zwei ganz besonders charakteristische Stellen hervorheben. Herr Ruppel, der sonst als Antisemit Vassalle und Marx in blödsinniger Weise beschimpft und die alberne Phrase, sie hätten die Arbeiter nur gegen die Fabrikanten, nicht aber gegen die Börse aufgelegt, in allen Tonarten ableitete, hatte diesmal, um die Arbeiter zu lockern, Vassalle anfangs sehr gelobt. Dann aber fuhr er fort:

"Vassalle lag jede gewaltsame Revolution fern; er stand auch auf deutschnationalem Boden, denn er richtete seine Ansprachen stets an die deutschen Arbeiter. Erst die Agitatoren, die nach Vassalle auftraten, Marx und Genossen, versuchten die sozialdemokratische Bewegung auf das international-demagogische Gebiet zu leiten. (Zurückbarer Kärm!) Rufe: Schluß! Schluß! Fauler Kopp! Demuziant! Polizeispindel! Ruppel (fortfahrend): Das Sozialistengesetz ist auch keineswegs gegen die Sozialdemokratie gerichtet, sondern lediglich gegen die international-demagogischen Ausschreitungen. (Zurückbarer, lang andauernder Tumult. Wiederholte Rufe: Schluß! Schluß!) Das Sozialistengesetz war ein dem Führer Bismarck aufgedrängter Waffenstillstand, um seine sozial-reformatorischen Pläne zur Ausführung bringen zu können. (Erneuter Kärm. Rufe: Fauler Jücker! Erzählen Sie das Ihren antisemitischen Hausnachrichten, aber nicht gereichten Arbeitern. August vad' is, sonst blamirt Du Dir und kommst neben den Reichstag!) Ruppel (fortfahrend): Prüfen Sie die sozial-reformatorischen Pläne des Fürsten Bismarck und Sie werden finden, daß dieselben mit den Vorschlägen Vassalle's übereinstimmen. (Erneuter Kärm. Rufe: Jante Wiget!)"

Und Herr Ruppel auf das Weiterreden verzichtete, wurde ihm, wie folgt heimgeleuchtet:

"Zigarrenarbeiter Stahl: Herr Ruppel hat noch obendrein die Dreifigkeit, uns zu sagen, daß er nicht gekommen, um um unsere Stimmen zu werben. Wenn er das nicht beabsichtigte, dann scheint noch etwas ganz Anderes dahinter zu liegen. (Rufe: Die Groschen! Stärkische Heiterkeit, Beifall und Kärm.) Meine Herren, ich bin Familienvater und kann deshalb nicht deutsch sprechen; Sie werden mich aber verstehen. Ich habe nicht die Groschen, die Herr Ruppel eingekauft, im Auge, denn der heutige Abend war — gesehen wir es offen — einen Groschen werth. (Rufe: Det reene Theater!) Herrn Ruppel's Spekulation ist eine noch ganz andere. Herr Ruppel beabsichtigte die Fortschrittspartei, daß sie den Arbeitern die politischen Freiheiten voranthalte; was jedoch Hr. Ruppel und seine Partei unter Freiheit verstehen, kann ich Ihnen am besten sagen, denn ich bin Jude. (Stärkischer, nicht enden wollender Beifall und Hochrufe auf Stahl.) Inzwischen vernahm man die Rufe: "Judenknichte". In einigen Gegenden des Saales entstanden Kumpelien.) Stahl: Trodem ich Jude bin, gebe ich weder einem Fortschrittler, noch einem Liberalen, am allerwenigsten aber Herrn Ruppel meine Stimme. (Stärkischer Beifall.) Ich erkläre es frei heraus: Ich wähle den Arbeiterkandidaten Hasenclever. Hier erhebt sich ein wahrhaft betäubender Beifallssturm. Die Versammelten steigen auf Tische und Stühle und unter unaufhörlichem Häufschwenken brausen minutenlang Hochrufe auf die Sozialdemokratie, Vassalle, Bebel, Liebknecht, Hasenclever u. s. w. durch den Saal.) Es sprach hierauf noch Arbeiter Diez (Sozialdemokrat) und der Schuhmachermeister Schumann, diese waren jedoch des zu großen Lärmens wegen nicht zu verstehen. — Maschinenbauer Sendig: Meine Herren! Wenn ich hier spreche, so troppe ich der Reaktion. (Kärm.) Ich sehe als Familienvater meine Existenz aufs Spiel, aber trotzdem wage ich es. Ich kann Herrn Stahl nur vollständig beistimmen. Herr Ruppel ist weder Fortschrittler noch Sozialist, sondern einfach ein Schmarotzer."

Unter Hochrufen auf unsere gemeinsame Sache gingen unsere Genossen auseinander, wir aber rufen: Ein dreifaches Hoch unsern tapferen Berliner Freunden!

Aus Sachsen. Der sächsische Landtag, am 1. September eröffnet, ist am 6. wiederum vertagt worden, die Einen sagen bis Mitte Oktober, die Andern bis Anfang November. Die eigentliche Veranlassung der frühzeitigen Eröffnung, das sogenannte Verfassungsjubiläum, wurde von unseren Genossen im Landtag sofort benutzt, einen Tropfen Vermuth in den Freudenbecher zu gießen und das arge Geschrei, das darnach entstand, bezugte die Wirkung, die das Gift gethan. Und es soll noch viel besser kommen.

Am 3. leitete Bebel, als Reineingetretener, den Schwur der "Treu". Das "Paris vaut uno messe" Heinrich IV. gilt auch für unsere Abgeordneten, der von ihnen einzubringende Antrag auf Aufhebung jenes lächerlichen Eides wird ihnen die Gelegenheit geben, auszuführen, was sie von solchen Komödien halten, und warum sie den Eid geleistet. Den 4. war "feierliche" Landtagseröffnung; die Andern hielten sich natürlich fern; sie hielten sich auch fern dem großen Festessen, das der König auf Volkes Kosten auf der Albrechtsburg in Meissen herrichten ließ; die beglücklichen Einladungsarten wundertens an das Hofmarschallamt zurück. Dagegen waren sie sehr auf dem Platze, als in der Kammer eine in Unterthänigkeit erstorbende Adresse vorgelesen wurde und zur Abstimmung kam. Leider lag die Adresse nicht im Druck vor, und die Verlesung war eine so unbedeutliche, daß man den Inhalt nicht verstehen konnte, sonst wäre auch diese glänzlich mitgenommen worden.

Liebknecht ergriff das Wort, um sich in scharfer Weise gegen die Adresse und die Festlichkeiten zu wenden. Es sei keine Zeit zum Feiern von Festen und Verfassungsjubiläum, wo die härteste Partei im Lande geachtet und rechtlos gemacht sei, ein Polizeiregiment herrsche, wie es vor der Einführung der Verfassung nicht einmal möglich gewesen, und die Grundrechte jedes Verfassungslebens, die individuelle Freiheit, die Press-, Versammlungs- und Wahlfreiheit für hunderttausende von Bürgern im Lande nicht mehr existierten. Die Rechte wurde unruhig und grunzte, der Präsident, ein echter Partikularist, erklärte: Rechtlos sei in Sachsen Niemand (!), die Ausnahmezustände seien durch Reichsgesetz geschaffen, und könne sich Jeder ihren Wirkungen entziehen.

Der liberal-konservative Pfeifer beging, sehr gegen die Verabredung der Wehrheit, die Dummheit, Liebknecht als "Störenfried" anzugreifen, wodurch Bebel die Gelegenheit erhielt, dem Präsidenten und dem Vortrager zu antworten.

Dem Reichsgesetz habe die Regierung Sachsens zugestimmt, die Verhängung des Belagerungsstandes sei der Initiative der sächsischen Regierung entsprungen, sie allein sei verantwortlich und man werde sie zur Verantwortung ziehen. Man muthe der Sozialdemokratie nicht zu, Bestimmungen zu heucheln, die sie nicht bestre.

Der Minister des Innern, durch die Reden von Liebknecht und Bebel provoziert, erklärte: Ja, die sächsische Regierung habe aus Pflichtgefühl den Antrag auf Verhängung des Belagerungsstandes über Leipzig gestellt, und sie werde sich nicht abhalten lassen, in gleichen Fällen wiederum so zu handeln.

Dem Minister schloß sich der reaktionäre Herr Kellermann würdig an, um allerlei Schulmeisterien über das, was an diesem "festlichen" Tage unsere Vertreter hätten thun sollen, zum Besten zu geben! Die Abfertigung dieses heuchlerischen Bureichen wurde durch einen Schlußantrag vorläufig unmöglich gemacht, sie bleibt ihm aber nicht gekenkt.

In derselben Sitzung, wo jene Vorgänge sich abspielten, reichten unsere Parteigenossen "zur Feier des Tages" folgende Interpellation ein:

"Interpellation. Eingegangen am 5. September 1881.

Welche Gründe bestimmten die königliche Staatsregierung, über das Gebiet der Stadt Leipzig und der Amtshauptmannschaft Leipzig den sogenannten kleinen Belagerungsstand zu verhängen? Dresden 4. September 1881.

Bebel, Liebknecht, Puttrich.)

Notize. Unter dem 29. Juni d. J. hat das königliche Gesamtministerium eine Verordnung erlassen, wonach auf Grund von § 28 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 über die Stadt Leipzig und die Amtshauptmannschaft Leipzig der sogenannte kleine Belagerungsstand verhängt worden ist.

Diese außerordentliche Maßregel hat nicht nur in den betroffenen Bezirken, sondern im ganzen Lande das peinlichste Aussehen erregt. Auf Grund dieser Maßregel sind bis heute an 70 Personen, in der großen Mehrzahl Familienväter, und darunter viele selbstständige Gewerbetreibende, freit polizeilicher Gewalt ausgewiesen und dadurch deren Ehe- und Familienleben, Eigentum und Existenz aufs Allerschwerste geschädigt, zum Theil gänzlich vernichtet worden. Ferner ist in Tausenden von Familien, die wegen der Bestimmung ihrer Familienhüter glauben, ein ähnliches Schicksal besichtigen zu müssen, Unruhe, Angst und Sorge verbreitet worden.

Es ist im Interesse des Landes dringend notwendig, die Gründe zu wissen, welche das königliche Gesamtministerium veranlassen, zu dieser, die Ruhe und das Ansehen des Landes untergraben den Maßregel zu streiten, und zwar umso mehr, da der Reichstag, dem die Staatsregierung Rechenschaft zu geben verpflichtet ist, voraussichtlich frühestens erst Anfang Februar nächsten Jahres zusammentritt."

Die plötzliche Vertagung des Landtages am 6. September, die nach dem Geständnis der offiziellen "Dresdner Nachrichten" erfolgte, damit die sozialistischen Abgeordneten nicht noch vor der Reichstagswahl "Brandreden" halten könnten — ein Geständnis, das uns sehr freut — verhinderte die Verhandlung über jene Interpellation. Nun, sie soll auch später ihre Wirkung thun.

*) Freitag ist noch nicht in den Landtag eingetreten, weshalb seine Unterschrift fehlt.

